**Satzung über die
Erhebung von
Elternbeiträgen in
Kindertageseinrichtungen
und Kindertagespflege
Entwurf 2020
- Synopse -**

<p style="text-align: center;">Elternbeitragssatzung – aktuell –</p>	<p style="text-align: center;">Elternbeitragssatzung – Entwurf 2020 –</p>	<p style="text-align: center;">Begründung</p>
<p style="text-align: center;">Satzung</p> <p>über die Erhebung von Elternbeiträgen in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege vom 26.07.2016 in der Fassung vom 30.04.2019</p> <p>Aufgrund § 5 der Kreisordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (KrO), § 90 Abs. 1 Sozialgesetzbuch, Achtes Buch (SGB VIII - Kinder- und Jugendhilfe), § 23 des Gesetzes zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (Kinderbildungsgesetz - KiBiz) sowie § 5 KiBiz – jeweils in der z. Z. gültigen Fassung – hat der Kreistag des Kreises Paderborn in seiner Sitzung am 08.04.2019 die 2. Änderungssatzung der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege vom 27.07.2016 wie folgt beschlossen:</p>	<p style="text-align: center;">Satzung</p> <p>über die Erhebung von Elternbeiträgen in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege vom 26.07.2016 in der Fassung vom</p> <p>Aufgrund § 5 der Kreisordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (KrO), § 90 Abs. 1 Sozialgesetzbuch, Achtes Buch (SGB VIII - Kinder- und Jugendhilfe) und § 51 des Gesetzes zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (Kinderbildungsgesetz - KiBiz), jeweils in der z. Z. gültigen Fassung – hat der Kreistag des Kreises Paderborn in seiner Sitzung am 30.03.2020 die 3. Änderungssatzung der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege vom 26.07.2016 wie folgt beschlossen:</p>	

§ 1 Allgemeines

(1) Für die Inanspruchnahme von Angeboten in Kindertageseinrichtungen oder Kindertagespflege ist ein monatlicher öffentlich-rechtlicher Teilnehmer- oder Kostenbeitrag (Elternbeitrag) als Finanzierungsanteil an den Jahresbetriebs- oder den Tagespflegekosten zu leisten, der vom Jugendamt festgesetzt wird (§ 90 Abs. 1 SGB VIII i.V.m. § ~~23~~ Abs. 4 KiBiz).

(2) ...

(3) ...

(4) Von der Möglichkeit des interkommunalen Finanzausgleichs nach § ~~24d~~ KiBiz wird gegenüber der Stadt Paderborn kein Gebrauch gemacht.

(5) Unter bestimmten Voraussetzungen (Geschwisterkind, Inanspruchnahme mehrerer Betreuungsangebote) ist nur ein Elternbeitrag zu zahlen. Näheres hierzu wird in §§ 6 und 11 geregelt.

§ 1 Allgemeines

(1) Für die Inanspruchnahme von Angeboten in Kindertageseinrichtungen oder Kindertagespflege ist ein monatlicher öffentlich-rechtlicher Teilnehmer- oder Kostenbeitrag (Elternbeitrag) als Finanzierungsanteil an den Jahresbetriebs- oder den Tagespflegekosten zu leisten, der vom Jugendamt festgesetzt wird (§ 90 Abs. 1 SGB VIII i.V.m. § 51 Abs. 1 KiBiz).

(2) ...

(3) ...

(4) Von der Möglichkeit des interkommunalen Finanzausgleichs nach § 49 KiBiz wird gegenüber der Stadt Paderborn kein Gebrauch gemacht.

(5) Unter bestimmten Voraussetzungen (Alter, Geschwisterkind, Inanspruchnahme mehrerer Betreuungsangebote) ist kein oder nur ein Elternbeitrag zu zahlen. Näheres hierzu wird in §§ 6 und 11 geregelt.

§ 51 Abs. 1 KiBiz (neu)
ersetzt § 23 Abs. 1 KiBiz
(alt)

Absprache mit Stadt Paderborn ist erfolgt, auch diese verzichtet auf den Ausgleich (wie bislang)

Nach § 50 KiBiz (neu) sind ab 01.08.2020 beim Besuch von Kindertageseinrichtungen oder Kindertagespflege das letzte und vorletzte Kindergartenjahr beitragsfrei. Daher kann es unter bestimmten Voraussetzungen dazu kommen, dass bei Geschwisterkindern kein oder nur ein Elternbeitrag zu zahlen ist.

<p style="text-align: center;">§ 3 Beitragszeitraum</p> <p>(1) ...</p> <p>(2) ...</p> <p>(3) Die Inanspruchnahme von Angeboten in Kindertageseinrichtungen durch Kinder, die am 01. August des Folgejahres schulpflichtig werden, ist in dem Kindergartenjahr, das der Einschulung vorausgeht, beitragsfrei. Abweichend von Satz 1 ist für Kinder, die ab dem Schuljahr 2012/2013 vorzeitig in die Schule aufgenommen werden, die Inanspruchnahme von Angeboten in Kindertageseinrichtungen oder Kindertagespflege ab dem 01.12. für maximal zwölf Monate beitragsfrei (§ 23 Abs. 3 KiBiz).</p> <p>(4) ...</p>	<p style="text-align: center;">§ 3 Beitragszeitraum</p> <p>(1) ...</p> <p>(2) ...</p> <p>(3) Die Inanspruchnahme von Angeboten in Kindertageseinrichtungen durch Kinder, <u>die bis zum 30. September das vierte Lebensjahr vollendet haben werden, ist ab Beginn des im selben Kalenderjahr beginnenden Kindergartenjahres bis zur Einschulung beitragsfrei.</u></p> <p>(4) ...</p>	<p>Anpassung an § 50 KiBiz (neu). Eine gesonderte Beitragsregelung für Kinder, die vorzeitig in die Schule aufgenommen werden, entfällt durch die geänderte Beitragsfreiheit.</p>
--	--	---

§ 5 Einkommensermittlung

(1) ...

Das Elterngeld nach dem Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz (BEEG) ist hinzuzurechnen. Bei Inanspruchnahme von Basiselterngeld ist ein Freibetrag von 300,00 € monatlich abzuziehen. Wird ElterngeldPlus in Anspruch genommen, beträgt der Freibetrag 150,00 € monatlich.

§ 5 Einkommensermittlung

(1) ...

Das Elterngeld nach dem Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz (BEEG) ist hinzuzurechnen. Bei Inanspruchnahme von Basiselterngeld ist ein Freibetrag von 300,00 € monatlich abzuziehen. Wird ElterngeldPlus in Anspruch genommen, beträgt der Freibetrag 150,00 € monatlich. **Diese Beträge vervielfachen sich bei Mehrlingsgeburten mit der Zahl der geborenen Kinder.**

Klarstellung der Freibeträge bei Mehrlingsgeburten; vgl. hierzu § 10 Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz (BEEG)

§ 6 Beitragsermäßigung

(1) Nehmen mehrere Kinder von Personen im Sinne des § 2, die ihren tatsächlichen Wohnsitz im Zuständigkeitsbereich des Kreisjugendamtes haben, gleichzeitig Angebote nach § 1 Abs. 1 in Anspruch, so entfallen die Beiträge für das zweite und jedes weitere Kind. Es ist nur der Beitrag für das Kind zu zahlen, für das sich der höhere Beitrag ergibt (Geschwisterkinderregelung).

Soweit die Beiträge bei allen Geschwistern identisch sind, ist eine Beitragspflicht des jeweils ältesten Kindes gegeben.

~~Beitragsfreiheit für Geschwisterkinder wird nur auf entsprechenden Antrag ab dem Monat des Antragseingangs bei der Behörde gewährt.~~

~~(2) Besucht ein Kind, das am 01. August des Folgejahres schulpflichtig wird, ein Angebot in Kindertageseinrichtungen oder Kindertagespflege, so gilt Abs. 1 entsprechend.~~

(3) ...

§ 6 Beitragsermäßigung

(1) Nehmen mehrere Kinder von Personen im Sinne des § 2, die ihren tatsächlichen Wohnsitz im Zuständigkeitsbereich des Kreisjugendamtes haben, gleichzeitig Angebote nach § 1 Abs. 1 in Anspruch, so entfallen die Beiträge für das zweite und jedes weitere Kind. Es ist nur der Beitrag für das Kind zu zahlen, für das sich der höhere Beitrag ergibt (Geschwisterkinderregelung).

Soweit die Beiträge bei allen Geschwistern identisch sind, ist eine Beitragspflicht des jeweils ältesten Kindes gegeben.

(2) **Die Inanspruchnahme von Angeboten in Kindertageseinrichtungen oder Kindertagespflege durch Kinder, die bis zum 30. September das vierte Lebensjahr vollendet haben werden, ist ab Beginn des im selben Kalenderjahr beginnenden Kindergartenjahres bis zur Einschulung beitragsfrei.**
In diesen Fällen gilt die Beitragsfreiheit auch für alle weiteren Geschwisterkinder.

(3) ...

Eine Antragstellung zur Beitragsfreiheit bei Geschwisterkindern ist nicht notwendig

Anpassung an § 50 KiBiz (neu). Klarstellung, dass in diesen Fällen die Geschwisterkinderregelung nach § 8 Abs. 1 greift, da der hierdurch bedingte Einnahmefall durch das Land kompensiert wird.

(4) Auf Antrag sollen die Elternbeiträge vom örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe ganz oder teilweise erlassen oder übernommen werden, wenn die Belastung dem Kind oder den Eltern nicht zuzumuten ist (§ 90 Abs. 3 SGB VIII).

(4) Auf Antrag **werden** die Elternbeiträge vom örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe ganz oder teilweise erlassen oder übernommen, wenn die Belastung dem Kind oder den Eltern nicht zuzumuten ist.

Beziehen Beitragspflichtige oder Kinder Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II), Leistungen nach dem dritten und vierten Kapitel des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (SGB XII) oder Leistungen nach den §§ 2 und 3 des Asylbewerberleistungsgesetzes oder erhalten die Beitragspflichtigen Kinderzuschlag nach § 6a des Bundeskindergeldgesetzes oder Wohngeld nach dem Wohngeldgesetz, sind diese für die nachgewiesene Dauer des Bezugs von der Zahlung eines Elternbeitrages befreit (§ 90 Abs. 4 SGB VIII).

Neufassung § 90 SGB VIII
zum 01.08.2019

<p style="text-align: center;">§ 7 Auskunfts- und Anzeigepflichten</p> <p>(1) ...</p> <p>(2) Für die Festsetzung der Elternbeiträge teilt der Träger der Kindertageseinrichtung gemäß § 1 Abs. 1 der örtlich zuständigen Stadt oder Gemeinde im Jugendamtsbezirk unverzüglich die Namen, Anschriften, Geburtsdaten, die Aufnahme- und Abmeldedaten der Kinder, Betreuungszeiten sowie die entsprechenden Angaben der Eltern mit (§ 23 Abs. 2 KiBiz).</p> <p>(3) Bei der Aufnahme in die Kindertageseinrichtung und danach auf Verlangen haben die Beitragspflichtigen gem. §§ 60, 66 Erstes Buch Sozialgesetzbuch – SGB I der Stadt bzw. Gemeinde sämtliche erforderlichen Unterlagen vorzulegen. Veränderungen in den wirtschaftlichen oder persönlichen Verhältnissen, die für die Bemessung des Elternbeitrages maßgeblich sind, sind unverzüglich mitzuteilen und nachzuweisen. Kommen die Beitragspflichtigen ihren Auskunfts- und Anzeigepflichten nicht oder nicht in ausreichendem Maße nach, so ist der höchste Elternbeitrag zu erheben.</p>	<p style="text-align: center;">§ 7 Auskunfts- und Anzeigepflichten</p> <p>(1) ...</p> <p>(2) Für die Festsetzung der Elternbeiträge teilt der Träger der Kindertageseinrichtung <u>dem Jugendamt die Namen, Anschriften, Geburtsdaten, die Betreuungszeiten sowie die Aufnahme- und Abmeldedaten der Kinder sowie die entsprechenden Angaben der beitragspflichtigen Personen (vgl. § 2 dieser Satzung) unverzüglich mit.</u></p> <p>(3) Bei der Aufnahme in die Kindertageseinrichtung und danach auf Verlangen haben die Beitragspflichtigen gem. §§ 60, 66 Erstes Buch Sozialgesetzbuch – SGB I – der Stadt bzw. Gemeinde sämtliche erforderlichen Unterlagen vorzulegen. Veränderungen in den wirtschaftlichen oder persönlichen Verhältnissen, die für die Bemessung des Elternbeitrages maßgeblich sind, sind unverzüglich mitzuteilen und nachzuweisen. Kommen die Beitragspflichtigen ihren Auskunfts- und Anzeigepflichten nicht oder nicht in ausreichendem Maße nach, <u>wird</u> der höchste Elternbeitrag <u>so lange erhoben, bis die geforderten Angaben getätigt oder Unterlagen nachgereicht wurden.</u></p>	<p>Anpassung an § 51 Abs. 2 KiBiz neu (vormals § 23 Abs. 2 KiBiz)</p> <p>Anpassung an § 66 SGB X. Klarstellung, wie lange der höchste Elternbeitrag verlangt werden kann.</p>
--	--	---

<p style="text-align: center;">§ 9 Beitragszeitraum</p> <p>(1) ...</p> <p>(2) ...</p>	<p style="text-align: center;">§ 9 Beitragszeitraum</p> <p>(1) ...</p> <p>(2) ...</p> <p><u>(3) Die Inanspruchnahme von Angeboten in Kindertagespflege durch Kinder, die bis zum 30. September das vierte Lebensjahr vollendet haben werden, ist ab Beginn des im selben Kalenderjahr beginnenden Kindergartenjahres bis zur Einschulung beitragsfrei.</u></p>	<p>Neuregelung in § 50 KiBiz (neu).</p>
--	--	---

<p style="text-align: center;">§ 13 Auskunfts- und Anzeigepflichten</p> <p>Bei Betreuungsbeginn und danach auf Verlangen haben die Beitragspflichtigen gem. §§ 60, 66 Erstes Buch Sozialgesetzbuch - SGB I - sämtliche erforderlichen Unterlagen vorzulegen. Veränderungen in den wirtschaftlichen oder persönlichen Verhältnissen, die für die Bemessung des Elternbeitrages maßgeblich sind, sind unverzüglich mitzuteilen und nachzuweisen.</p> <p>Kommen die Beitragspflichtigen ihren Auskunfts- und Anzeigepflichten nicht oder nicht in ausreichendem Maße nach, so ist der höchste Elternbeitrag zu erheben.</p>	<p style="text-align: center;">§ 13 Auskunfts- und Anzeigepflichten</p> <p><u>(1) Soweit die Vermittlung der Kindertagespflege über einen Träger erfolgt, teilt dieser dem Jugendamt die Namen, Anschriften, Geburtsdaten, die Betreuungszeiten sowie die Aufnahme- und Abmeldedaten der Kinder sowie die entsprechenden Angaben der beitragspflichtigen Personen (vgl. § 2 dieser Satzung) unverzüglich mit.</u></p> <p><u>(2)</u> Bei Betreuungsbeginn und danach auf Verlangen haben die Beitragspflichtigen gem. §§ 60, 66 Erstes Buch Sozialgesetzbuch - SGB I - sämtliche erforderlichen Unterlagen vorzulegen. Veränderungen in den wirtschaftlichen oder persönlichen Verhältnissen, die für die Bemessung des Elternbeitrages maßgeblich sind, sind unverzüglich mitzuteilen und nachzuweisen.</p> <p>Kommen die Beitragspflichtigen ihren Auskunfts- und Anzeigepflichten nicht oder nicht in ausreichendem Maße nach, <u>wird</u> der höchste Elternbeitrag <u>so lange erhoben, bis die geforderten Angaben getätigt oder Unterlagen nachgereicht wurden.</u></p>	<p>Neuerung in § 51 Abs. 2 KiBiz</p> <p>Anpassung an § 66 SGB X. Klarstellung, wie lange der höchste Elternbeitrag verlangt werden kann.</p>
---	--	--

<p style="text-align: center;">§ 17 Verjährung</p> <p>Die Verjährungsfrist für Elternbeiträge ergibt sich aus § 12 Abs. 1 Nr. 4 b des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG) i.V.m. § 169 Abs. 2 Satz 1 und § 170 Abs. 2 Nr. 1 Abgabenordnung (AO).</p> <p style="text-align: center;">§ 19 Inkrafttreten</p> <p>Diese Satzung tritt zum 01.08.2017 in Kraft.</p> <p>Gleichzeitig tritt die Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen in Kindertageseinrichtungen, Kindertagespflege und außerschulischen Angeboten der Offenen Ganztagschule (Elternbeitragssatzung EBS – KiBiz) vom 30.01.2008 i. d. F. vom 19.09.2013 außer Kraft.</p>	<p style="text-align: center;">§ 17 Verjährung</p> <p>Die Verjährungsfrist für <u>die Festsetzung von Elternbeiträgen</u> ergibt sich aus § 12 Abs. 1 Nr. 4 b des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG) i.V.m. § 169 Abs. 2 Satz 1 und § 170 Abs. 2 Nr. 1 Abgabenordnung (AO).</p> <p><u>Die Verjährung von Ansprüchen aus den Festsetzungsbescheiden zu Elternbeiträgen ergibt sich aus § 52 SGB X.</u></p> <p style="text-align: center;">§ 19 Inkrafttreten</p> <p><u>Diese Änderungen treten zum 01.08.2020 in Kraft.</u></p>	<p>Klarstellung, dass lediglich bei der Festsetzung der Elternbeiträge die Verjährung nach 4 Jahren eintritt.</p> <p>Anpassung an § 52 SGB X. Die Verjährungsfrist bei unanfechtbaren Verwaltungsakten beträgt 30 Jahre.</p> <p>Das KiBiz (neu) tritt zum 01.08.2020 in Kraft. Daher kann auch diese Satzung erst ab diesem Tag umgesetzt werden.</p>
---	--	---